

## **Christliche Initiative**

### **„NEIN zur HOMO-EHE!“**

**An das  
Präsidium des Nationalrats  
Begutachtungsverfahren  
Dr. Karl Renner-Ring  
1017 Wien**

Wien, den 13. Juni 2008

**Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Lebenspartnerschaftsgesetzes (189/ME)**

Im April 2008 hat sich eine private ökumenische Initiative von Christen gebildet ([www.neinzurhomoehe.at](http://www.neinzurhomoehe.at)). Ausgelöst wurde diese spontane Initiative durch das Vorhaben der Bundesregierung, ein Lebenspartnerschaftsgesetz zu beschließen, welches geeignet ist, die zentrale Stellung von Ehe und Familie in ihren jüdisch-christlichen Wurzeln in Österreich de facto zu diskriminieren.

Als Christen sehen wir uns in unserem Gewissen gefordert, aus unserer Mitverantwortung für die gesamte Gesellschaft heraus, zu solchen Entwicklungen nicht zu schweigen!

**Aus tiefer Überzeugung ergeht deshalb folgende Stellungnahme zum Gesetzesentwurf:**

Der zur Begutachtung vorliegende Gesetzesentwurf sieht eine weitestgehend an die Bestimmungen des Eherechtes angelehnte Regelung vor.

Sowohl im Vorblatt als auch in den Allgemeinen Erläuterungen wird dieses Ziel deutlich ausgeführt.

Darüber hinaus führt die Frau Justizminister an, dass: „....im Rahmen eines weiteren Teiles des Legislativprojektes auch die Änderung verschiedener eherechtlicher Regelungen zur Diskussion gestellt werden wird. Die notwendigen Harmonisierungen werden im weiteren Verlauf der Gesetzgebungsverfahren vorgenommen werden.“

Damit ist klargestellt, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz zum Modell für die Ehe der Zukunft werden soll. Auch dies zeigt die beabsichtigte ungeheure Abwertung der Ehe!

Aus unserer Sicht wird damit in unverantwortlicher Art und Weise die Ehe, die ein zentrales Kulturgut der Menschheit darstellt, und ein unverzichtbares Fundament für aufgeklärte Demokratien bildet, massiv gefährdet.

Die Initiative hat, ohne auf etablierte Strukturen zurückgreifen zu können, die Menschen in Österreich ersucht, gegen diesen Gesetzesentwurf Stellung zu beziehen und dies mit ihrer Unterschrift zu dokumentieren.

In kürzester Zeit haben fast **22.000 Menschen** so ihre Ablehnung dieses Gesetzesvorhabens durch ihre Unterschrift bekundet und diese bei einem Notar hinterlegt.

**Wir ersuchen die Österreichische Bundesregierung, die Abgeordneten aller politischen Parteien dringend, Ehe und Familie - und damit die nächsten Generationen - zu schützen und dieses Gesetzesvorhaben nicht zu verwirklichen!**

Der den 21.944 Unterschriften zugrundeliegende Text ist in der Folge angeführt:

## **Warum wir die „Home-Ehe“ ablehnen**

### **Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich!**

Homosexuell fühlende Menschen haben in unserem Land all die Rechte, die jeder Österreicher hat. Diese Rechte sollen sie auch haben – es gibt aber keinen Grund, ihnen Privilegien zu geben, die durch keine Leistung für die Gesellschaft begründet sind.

Homosexuellen geschieht in Österreich kein Unrecht, also bedarf es auch keiner spezifischen Gesetzesregelung ihrer Beziehungen.

Die Ehe als dauerhafte Beziehung zwischen Mann und Frau ist einzigartig! Da es keine andere Verbindung von Menschen geben kann, die der Ehe wirklich gleich ist, soll keine andere Verbindung so wie die Ehe behandelt werden. Gleiches soll gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden!

### **Kein staatlicher Eingriff in die Intimsphäre!**

Für das Zusammenleben brauchen Paare keine Gesetze und keine Sonderrechte. Nur die Familie als Keimzelle der Gesellschaft hat Anspruch auf Ausgleich der Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringt. Familien mit Kindern sichern die Generationenfolge und erbringen so eine unverzichtbare Leistung für die Gesellschaft.

Im Unterschied zur bisher praktizierten Toleranz homosexuellen Partnerschaften gegenüber, wird nun vom Staat durch die beabsichtigte Gleichsetzung mit der Ehe eine Wertung abgegeben. Die gesetzliche Regelung homosexueller Partnerschaften wird zu massiven Veränderungen in der Werteerziehung unserer Kinder in Kindergarten und Schule führen.

## **Ohne Geld keine Musik!**

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden Familien gegenüber als gleichwertig dargestellt und erfahren in Zukunft sogar eine finanzielle Bevorzugung gegenüber Familien.

Homosexuelle Partnerschaften mit eheähnlichen Rechten kosten der Allgemeinheit viel Geld durch Mitversicherung in der Krankenversicherung und Witwenpensionen in der Pensionsversicherung! Gerecht ist: Jeder Homosexuelle versichert sich selbst – wie das alle anderen unverheirateten Österreicher auch tun müssen!

## **Und das Kindeswohl?**

Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter. Wer Kinder liebt, muss gegen Adoption durch Homosexuelle stimmen. Adoption dient dem Wohl der Kinder, nicht der Befriedigung von Wünschen!

Jeder Freiraum, der durch Gesetze geschaffen wird, tendiert dazu, gefüllt zu werden. Schon jetzt wird die Möglichkeit zur Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare gefordert. Nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofes sind Eingetragene Partnerschaften bei der Adoption Ehepaaren gleichzustellen. Niemand kann uns zwingen, Eingetragene Partnerschaften einzuführen. Haben wir sie aber einmal, dann können wir nicht mehr verhindern, dass Homosexuelle auch Kinder adoptieren können.

*für die Initiative:*

### **Anlage**

### **21.944 Unterschriften auf Datenträger!**

*i. A.*

*Mag. Johannes Leitner*

*Mag. Johannes Leitner*